

Ausgangssituation, Standpunkt und Grundsätze

Unser Rheingau-Taunus-Kreis ist für viele Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft Heimat geworden. Hier leben derzeit über 16.000 Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Dazu kommen fast genauso viele deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund. Daher sind beiderseitige Bemühungen um eine gelingende Integration, die mit wechselseitiger Akzeptanz, Respekt und Toleranz gegenüber den verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Gleichberechtigung und Gleichbehandlung in allen Bereichen der Gesellschaft verbunden ist, auch in unserem Landkreis von besonderer Bedeutung. Wir fördern und fordern eine Gesellschaft unterschiedlicher Kulturen auf der Grundlage gemeinsamer sozialer und demokratischer Werte und insbesondere auf dem Boden des Grundgesetzes.

Das bedeutet einerseits, dass sich die deutsche Gesellschaft öffnen muss, die Kultur und die Lebensweise von Migrantinnen und Migranten achten und sie als Bereicherung für die deutsche Gesellschaft begreifen soll. Wir wollen Migrantinnen und Migranten und Deutschen mit Migrationshintergrund volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Andererseits muss von den verschiedenen Migrantengruppen auch eine aktive Bereitschaft zur Annahme der Integrationsangebote, ob staatlich oder zivilgesellschaftlich/ehrenamtlich, erwartet werden. Hierzu gehört auch, dass die Migrantinnen und Migranten selbst besonderes Gewicht auf den Erwerb der deutschen Sprache als Grundvoraussetzung zur Integration legen, bei dem wir sie durch die Bereitstellung entsprechender Angebote bedarfsgerecht unterstützen.

Gerade auf der kommunalen Ebene werden die Weichen für eine gelungene Integration in die deutsche Gesellschaft gestellt. Die wichtigsten Handlungsfelder sind dabei: Bildung, Wohnen, Soziales, Kultur und Sport aber auch die innere Sicherheit. Migrantinnen und Migranten stellen eine außerordentliche Bereicherung für das gesellschaftliche Miteinander dar. Sie haben es verdient, die Möglichkeit einer gleichberechtigten Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen wahrnehmen zu können.

Nur durch eine erfolgreiche Integration können abgeschottete ethnische oder kulturelle Parallelgesellschaften und damit Konflikte dauerhaft verhindert bzw. gelöst werden. Daher wollen wir als SPD im Rheingau-Taunus-Kreis die Stadt- und Gemeindeentwicklung, die Wohnungspolitik und die sozialen und kulturellen Angebote in den Kommunen gemeinsam mit Migrantinnen und Migranten so gestalten, dass hier Inklusion statt Segregation Realität wird.

Mama lernt Deutsch

In der zurückliegenden Legislaturperiode seit 2006 gibt es einige Erfolge vorzuweisen. Wir als SPD haben uns zusammen mit unserem Landrat Burkhard Albers für den Ausbau der gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten eingesetzt. Als große Errungenschaft sind an dieser Stelle vor allem Bildungsmaßnahmen wie „Mama lernt Deutsch“ zu nennen, in der insbesondere Migrantinnen durch die Verbesserung ihrer Sprachkompetenz einen Zugang zur deutschen Gesellschaft eröffnet bekommen. Auch gleichgerichtete Initiativen anderer Vereine und Bildungsträger wollen wir fördern. Dies ist von höchster Relevanz, da Frauen/Mütter mit Migrationshintergrund oftmals von doppelter Diskriminierung (als Frau und als Migrantin) betroffen sind. Daher ist es nötig, die Situation dieser Frauen zu verbessern, um die Gleichstellung der Geschlechter zu gewährleisten.

Lernen vor Ort / Integrationslotsen

Darüber hinaus wurde im Rahmen der Initiative „Lernen vor Ort“, die die Bildungsregion Rheingau-Taunus positiv entwickeln möchte, in Idstein das bereits nach kürzester Zeit außerordentlich erfolgreiche Projekt der Integrationslotsen gestartet. Im Rahmen der Maßnahme werden vor Ort lebende Migrantinnen und Migranten ehrenamtlich ausgebildet und besuchen hiernach ausländische Familien, um sie in Fragen der Bildung, Erziehungsverantwortung, Sprachentwicklung, Förderung von Kindern und Jugendlichen sowie Arbeit und Gesundheit zu beraten und zu unterstützen. Dieses Angebot wollen wir in noch weiteren Städten und Gemeinden im Rheingau und Untertaunus etablieren und auch deutsche Mitbürgerinnen und Mitbürger als Lotsen gewinnen. Zusätzlich sollen ehrenamtlich tätige Vereine, die sich der in der Integrations-Beratung und -Betreuung engagieren,, gestärkt und gefördert werden.

Politische Partizipation und Kommunalwahlrecht

Wir werden uns auch weiterhin für den Ausbau der bisherigen Integrationsmaßnahmen im Rheingau-Taunus-Kreis einsetzen. Dabei steht für uns eines fest: Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger stellt keine einseitige Verpflichtung dar. Von beiden Seiten wird Offenheit und der ehrliche Wille des Austauschs erwartet. Daher muss auch in Belangen der politischen Partizipation die Möglichkeit des Einbringens für alle Menschen ermöglicht werden.

Deshalb treten wir entschieden für eine umfassende politische Beteiligung von Migrantinnen und Migranten auf allen kommunalpolitischen Ebenen in Form eines Kommunalwahlrechts für alle in den Städten und Gemeinden des Kreises lebenden Menschen ein.

Solange ein solches Wahlrecht nicht besteht, fördern und unterstützen wir die Gründung und Tätigkeit von kommunalen Ausländerbeiräten. Diese sollen auch dann durch die Verwaltung der Städte und Gemeinden zur Gründung aufgerufen werden, wenn die Wahl nicht zwingend in der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) vorgeschrieben ist.

Interkulturelle Kompetenzen nutzen

Um die Chancen einer breiten interkulturellen Kompetenz auch in den kommunalen Verwaltungen zu nutzen, sollen auch dort Migrantinnen und Migranten bei Einstellungen und der Ausbildungsplatzvergabe stärker als bisher berücksichtigt werden.

Clearingstelle für aufenthaltsrechtliche Fragen

Zur Klärung aufenthaltsrechtlicher Fragen streben wir die Einrichtung einer Clearing-Stelle nach dem Offenbacher Modell an, die unabhängig von der Fachdienstleitung der Kreisverwaltung als unabhängige Anlaufstelle innerhalb der Ausländerbehörde eingerichtet werden soll. Diese Clearingstelle soll zudem die inhaltliche und formale Vorbereitung und Begleitung von etwaigen Petitionsverfahren sicherstellen.

Sprachkurse und berufliche Weiterbildung

Neben einem angemessenen Angebot an Sprachkursen, die stärker als bisher zielgruppenspezifisch beworben werden sollen, wollen wir auch ausländischen Existenzgründern und Selbstständigen helfen, bestehende Beratungs- und Förderungsangebote wahrzunehmen. Weiterbildung hat bei dem Integrationsprozess von erwachsenen Migrantinnen und Migranten eine Schlüsselrolle. Ihnen müssen deshalb

bedürfnisgerechte Angebote unterbreitet werden, die ihre besonderen Fähigkeiten fördern. Hierzu sollen auch bereits bestehende Maßnahmen wie beispielsweise die Bildungsprämie des EU-Sozialfonds beworben werden.

Sprachkenntnisse in Kindergärten und Schulen

Wir setzen uns zudem dafür ein, dass in Kindergärten und Schulen die Mehrsprachigkeit von Kindern und Jugendlichen fördernd begleitet wird. Nicht zuletzt kann hierdurch ein Anreiz zum Besuch von Kindergärten/-tagesstätten herbeigeführt werden. Wie Erhebungen des Statistischen Bundesamtes zeigen, beträgt die Betreuungsquote der Kinder mit Migrationshintergrund derzeit nur 47 Prozent (deutsche 61 Prozent). Daher ist an dieser Stelle klarer Handlungsbedarf angezeigt. Hiervon bleibt die Anforderung an alle Altersstufen unbenommen, vorrangig die deutsche Sprache zu erlernen. Nur mit ehrlichen Bemühungen, die Sprache des neuen Heimatlandes zu beherrschen, ist eine dauerhafte Integration möglich.

An den (Grund-)Schulen des Kreises sollen Lehrer für die besondere Situation von Kindern mit Migrationshintergrund weiter sensibilisiert werden: Die Schulempfehlungen für das Kind im Kontext seiner ggf. nicht-deutschen Muttersprache soll ausschließlich an seinen schulischen Leistungen und nicht an den später zu erwartenden Hilfestellungen der Eltern bei Hausaufgaben oder Klausurvorbereitungen festgemacht werden.

Daneben setzen wir uns für regelmäßige Informationsveranstaltungen ein, in denen Eltern ermuntert werden, an den Elternabenden teilzunehmen. Dort soll die hohe Relevanz der Abende für den schulischen Werdegang des Kindes vermittelt werden. Die Einrichtung eines Pools an ehrenamtlichen „Dolmetschern“ oder der Heranziehung so genannter bilingualer „Stadtteilväter und -mütter“ kann hierfür zuträglich sein. Ebenso wollen wir prüfen, ob deren Einsatz nicht durch die Begleitung des jeweiligen Gemeindevorstands/Magistrats in Form eines Dezernats für Integration/Integrationsbeauftragte/r sinnvoll ergänzt werden kann.

Erste Erfahrungen zum so genannten Sprachscreening/Sprachstandsermittlung zeigen, dass hierdurch schon sehr früh (im fünften Lebensjahr) eine Korrektur etwaiger sprachlicher Missstände ermöglicht wird. Zu dieser freiwilligen Maßnahme sollen auch Eltern mit Migrationshintergrund im Interesse ihrer Kinder über die Integrationslotsen und den Familienwegweiser des Kreises ermuntert werden. Wir setzen uns einerseits dafür ein, dass die Sprachstandsermittlung an den kommunalen Kindergärten/-tagesstätten im Rahmen der Konnexität vonseiten des Landes Hessen stärker finanziell unterstützt wird. Andererseits müssen auch die nachgelagerten Fördermaßnahmen ausgebaut werden und für die Eltern ohne eine finanzielle Mehrbelastung verbunden sein. Wir setzen uns für einen Ausbau der Sprachstandsermittlung an allen rund 125 Kindergärten/tagesstätten im Kreisgebiet ein.

Senioren-Coach-Kartei und Einbindung der Wirtschaft

Für die wichtige Übergangsphase zwischen Schule und Beruf stärken wir den Wunsch nach einer „Senioren-Coach“-Kartei, die beim Regionalen Übergangsmanagement (RÜM) des Kreises angegliedert werden kann und es Schulabgängern ermöglichen soll, von dem breiten Erfahrungswissen älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger für die eigene berufliche Entwicklung zu profitieren. Zusammen mit Landrat Burkhard Albers wollen wir im Zuge des „Bündnis für den Mittelstand“ dafür Sorge tragen, dass auch bei den Handwerkskammern bzw. der IHK und ihren Mitgliedern eine Sensibilisierung bzgl. der Einstellung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund weiter gefördert wird. Potenzielle Auszubildende sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen ausschließlich anhand ihrer Qualifikation und Eignung und nicht anhand ihres (ggf. nicht-deutschen) Namens beurteilt werden.

Interkulturelle Woche

Das Weltbild und der Umgang mit Fremden werden maßgeblich in der Kindheit und Jugend geprägt. Integrationsfördernde Maßnahmen in dieser Entwicklungsphase sind daher besonders wichtig. Bildung und Aufklärung über Kulturen und Religionen sind ein wesentlicher Schlüssel um Vorurteile abzubauen und Integration zu fördern.

Daher streben wir die Einrichtung einer interkulturellen Woche an, bei der an einem zentralen Ort im Kreis unter Federführung des Integrationsbeirates den unterschiedlichen Landsmannschaften und nationalen sowie ethnischen Gruppen eine Möglichkeit zur Vorstellung und des Austauschs gegeben wird. Wir wollen darüber hinaus aber auch darauf hinwirken, dass Eltern mit Migrationshintergrund ermuntert werden, ihre Kinder ohne Bedenken in die hiesigen Vereinsstrukturen und Freundschaften mit deutschen Gleichaltrigen zu entlassen.

Vereinsarbeit

Daneben wollen wir uns für die enge Einbindung der Vereinslandschaft in den Integrationsprozess einsetzen. Vor allem die Integration von Frauen mit Migrationshintergrund und ggf. deren gezielte Ausbildung zu Übungsleiterinnen soll im Rahmen der kommunalen Sportförderung stärker als bisher unterstützt werden. Maßnahmen des Landessportbundes und des Sportkreises Untertaunus, insbesondere das Projekt „start“, sollen im gesamten Rheingau-Taunus stärker in der Öffentlichkeit verankert werden und die starke Wirkung der Sport- und Freizeitvereine sowie der Freiwilligen Feuerwehren inkl. Jugendfeuerwehren als Motor der Integration weiter gefördert werden. Hierzu streben wir regelmäßige Absprachen mit den Vereinen, Sportkreisen und den Kreisfeuerwehrverbänden an. Gerade die Einbindung älterer Migrantinnen und Migranten in die hiesige Vereinslandschaft stellt eine wichtige Herausforderung dar.

Städte- und Landkreispartnerschaften

Im Bereich der vom Rheingau-Taunus-Kreis gepflegten Partnerschaften tritt die SPD für eine Belebung unserer bestehenden kommunalen Partnerschaften ein. Dabei wollen wir lebendige Kontakte entstehen lassen, die von den Begegnungen der Bürgerinnen und Bürger leben und nicht allein oder in erster Linie von den Begegnungen der Funktionäre und Verwaltungen. Die SPD begrüßt die Aktivitäten des Landrates zum Ausbau dieser Partnerschaften. Daneben wollen wir als SPD aktiv den Kontakt zu den verschiedenen Migrantenorganisationen wie Glaubensgemeinschaften oder organisierten Landsmannschaften suchen und den regelmäßigen Austausch vertiefen.

Kultursensibler Umgang mit Pflegebedürftigkeit und Tod

Der Anteil der älteren Migrantinnen und Migranten nimmt kontinuierlich zu. Ihre Zahl wird sich in den kommenden zehn Jahren auch im Rheingau-Taunus fast verdoppeln. Daher setzen wir uns dafür ein, dass alle Altenhilfeeinrichtungen interkulturell geöffnet werden, damit Migranten an den Angeboten der Einrichtungen entsprechend ihres kulturellen Hintergrundes teilhaben können. Pflegepersonal mit Sprachkenntnissen und interkulturellen Kompetenzen muss verstärkt eingesetzt werden, damit eine kultursensible Pflege zum Regelfall wird.

Insbesondere für muslimische Mitbürgerinnen und Mitbürger stellt sich spätestens in höherem Alter die Frage des Beisetzungsorts nach ihrem Tode. In vielen Fällen findet eine Bestattung außerhalb Deutschlands statt, was auf die fehlende Bereitstellung oder

Ermöglichung muslimischer Friedhöfe zurückzuführen ist. Eine emotionale Bindung an das neue Heimatland ist unter diesen Bedingungen nur schwer möglich, da bisher davon ausgegangen werden muss, nach dem Tod nicht hier begraben werden zu können. Daher setzen wir uns als SPD dafür ein, in engem Kontakt und Austausch mit den muslimischen Gemeinden im Rheingau und Taunus sowie der deutschen Gesellschaft Möglichkeiten der Einrichtung von muslimischen Begräbnisstätten im Kreisgebiet zu erörtern. Vorbild hierfür kann die Einrichtung einer solchen Begräbnisstätte im Limburger Land sein.

Umfassendes Integrationskonzept als Kompass für die nächsten Jahre

Um diese Forderungen in einen lebendigen Diskussions- und Austauschprozess einzugeben bzw. die Umsetzung der Bestrebungen zu begleiten, werden wir uns für die Erarbeitung eines umfassenden Integrationskonzeptes für den Rheingau-Taunus-Kreis einsetzen. Dieses soll unter Teilnahme aller kommunaler Ausländer- und Integrationsbeiräte, religiöser und sozialer Verbände, des Landes-Ausländerbeirats sowie weiteren interessierten Bürgerinnen und Bürgern durch den Integrationsbeirat des Kreises entwickelt werden und die bisherigen Maßnahmen in eine nachhaltige und zielgerichtete Struktur einbinden. Um auf Informationen über aktuelle Entwicklungen, Gesetzesänderungen und Positiv-Beispiele aus anderen Landkreisen zugreifen zu können, setzen wir uns für die Mitgliedschaft des Integrationsbeirats im Landes-Ausländerbeirat (agah) ein. Zusätzlich werden wir uns für die Erarbeitung einer umfassenden und stets aktuellen Auflistung integrationsrelevanter Organisationen, Projekte oder Initiativen auf Kreis- und Landesebene einsetzen. Diese soll in mehrsprachigen Ausführungen Eingang in die Wegweiser-Publikationen des Landkreises finden.

Fremdenfeindlichkeit

Für uns steht grundsätzlich fest: Es ist gut, dass die große Mehrheit in unserem Land Intoleranz und Gewalt ablehnt. Dies allein reicht jedoch nicht aus. Wir müssen offensiv gegen jede Form der Intoleranz eintreten. Fremdenfeindliche Sprüche, die Ausgrenzung Behinderter, die Diffamierung anderer Religionen und die auch nur verhaltene Zustimmung zu den Taten rechtsextremistischer Verbrecher dürfen von uns nicht hingenommen werden. Wir müssen dem überall entgegentreten, wo derartiges Verhalten offenbar wird. Eine Zusammenarbeit mit rechtsextremen Gruppierungen in den Gremien des Kreises wird von uns abgelehnt.